

SPD-Fraktion WG Die Grünen Die Linke **im Rat der Stadt Marl**

SPD-Fraktion · Postfach 1120 · 45765 Marl

An den
Bürgermeister der Stadt Marl
Herrn Werner Arndt

Rathaus

Marl, 18.05.2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion WG Die Grünen und Einzelratsmitglied Die Linke zum TOP 23 betreffend Einrichtung runder Tisch „E-Ladeinfrastruktur“

Sehr geehrter Bürgermeister,

bitte setzen Sie nachfolgenden Änderungsantrag zum TOP 23 auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses:

Änderungsantrag:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, Schritte zur Gründung eines runden Tisches E-Ladeinfrastruktur, auch unter Einbindung aller in Marl aktiven Wohnungsbaugesellschaften und weiteren Akteuren, einzuleiten.**
- 2. Die Mitglieder des runden Tisches erarbeiten ein Konzept, wie eine angemessene und perspektivisch ausreichende Versorgung mit E-Lademöglichkeiten im Stadtgebiet umgesetzt werden kann. Dabei sind die Wohnquartiere besonders zu berücksichtigen.**
- 3. Sobald die Förderrichtlinien zum Programm 1000 Ladesäulen zur Verfügung steht, wird die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit den o.g. Akteuren, für die Teilnahme an diesem Programm geeignete Standorte zu suchen und die Förderung zu beantragen.**

Begründung:

Elektro- sowie Hybridfahrzeuge sind einer der wichtigsten Bausteine zum Erreichen einer umwelt- und klimagerechten (Individual-)Mobilität. Zwar werden langfristig auch andere alternative Antriebsarten (bspw. Wasserstoff) breiter zur Verfügung stehen, doch E-Mobilität dürfte, zumindest mittelfristig, für einen größeren Teil der Bevölkerung am ehesten verfügbar und finanzierbar sein.

In diesem Sinne ist es notwendig, Konzepte für eine ausreichende Bereitstellung von Lademöglichkeiten für reine Elektro- und für Hybridfahrzeuge zu entwickeln. Diese können nur gesamtstädtisch angelegt sein, um verschiedenste Bedarfe für E-Ladeinfrastruktur abzudecken und die alltäglichen Notwendigkeiten für Gelegenheiten, Elektro- und Hybridfahrzeuge zu laden, zu bedenken.

Hierbei sind nicht nur der öffentliche Raum und/oder städtische Flächen sowie Flächen des Einzelhandels usw., sondern auch die Wohnquartiere in den Blick zu nehmen, damit Halter*innen ihre Fahrzeuge wohnortnah laden können.

Der Bundesgesetzgeber wirkt mit entsprechenden Gesetzesinitiativen darauf hin, dass neu geplante Wohnbauten nur dann genehmigt werden können, wenn entsprechende Ladeinfrastruktur vorgehalten wird. Dies gilt jedoch nicht für bereits bestehende Wohnquartiere und voraussichtlich erst ab einer gewissen Anzahl an Wohnungen.

SPD-Fraktion WG Die Grünen Die Linke **im Rat der Stadt Marl**

Eine besondere Herausforderung ergibt sich daher für bestehende Mietwohnquartiere, in denen Bewohner*innen nicht ohne weiteres eine eigene Ladeinfrastruktur schaffen können. Private Wohnungsbau- und Vermietungsunternehmen sind hier in der Verantwortung, einen Beitrag zur Mobilitätswende und für mehr Umwelt- und Klimaschutz zu leisten, indem sie hinreichende Möglichkeiten zum Laden von Elektro- und Hybridfahrzeuge für Bewohner*innen vorhalten und dadurch Anreize für die Anschaffung entsprechender Fahrzeuge setzen.

Die Verwaltung soll die Wohnungsbau- und Vermietungsgesellschaften sowie private Eigentümer von Flächen (bspw. Betreiber von Einzelhandel) beraten und gegebenenfalls auch bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Wenzel
SPD-Fraktion

Beate Kühnhenrich
Fraktion WG Die Grünen

Claudia Fleisch
Die Linke